

4.-6.7.1966  
5311  
000103

Entwurf

Abt. Grundsatzfragen  
Sektion I

Berlin, 14. Juli 1966

Die Bedeutung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 4. bis 6. 7. 66 und die aktuelle außenpolitische Aufgabenstellung.

---

Zur Bedeutung der Tagung

Die Bedeutung der Tagung und ihrer Beschlüsse besteht vor allem in folgendem:

1. Die Dokumente der Tagung - die Erklärung zur USA-Aggression in Vietnam und die Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa - enthalten die übereinstimmende Einschätzung der Hauptsüge der gegenwärtigen internationalen Situation, insbesondere im Zusammenhang mit der neuen Phase der Eskalation der USA-Aggression in Vietnam, durch alle Teilnehmerstaaten.
2. Unter Berücksichtigung der Lehren der Geschichte und ausgehend von dem Hauptgedanken, rechtzeitig jeder imperialistischen Aggression zu wehren und Einhalt zu gebieten, stellt diese Einschätzung klar die Hauptherde der Kriegsgefahr heraus, orientiert darauf, in welche Richtung der Hauptstoß im Kampf um Frieden und Sicherheit zu führen ist und zeigt die Kräfte, zwischen denen eine Verständigung und Aktionsfreiheit zur Sicherung des Friedens erzielt werden muß,
3. Der erfolgreiche Verlauf und die konstruktiven Ergebnisse der Tagung demonstrieren in der gegenwärtigen Situation überzeugend die Geschlossenheit und Einmütigkeit aller Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, ihren Willen, gemeinsam auf der Grundlage eines einheitlichen Aktionsprogramms die imperialistische Aggressionspolitik entschlossen zu bekämpfen und in dieser Richtung ihr

Zusammenwirken weiter zu festigen.

4. Erstmals wurde eine gemeinsame Stellungnahme und ein einheitliches Programm der Solidarität und Unterstützung der Warschauer Vertragsstaaten gegenüber der USA-Aggression und dem Kampf des vietnamesischen Volkes beschlossen, das den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Gefährdung des Friedens durch die USA-Aggression und der Bedrohung des Friedens in Europa durch die aggressive Politik der Bonner Regierung hervorhebt.
5. Allen europäischen Staaten und Völkern wurde ein umfassendes und zutiefst realistisches europäisches Friedensprogramm unterbreitet, das in seiner Tragweite in einer Reihe mit den Vorschlägen der Staaten des Warschauer Vertrages von 1958 (Deklaration der Teilnehmerstaaten zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit vom 24. Mai 1958, sowjetischer Entwurf für einen "Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit der europäischen Staaten" vom 21. Juli 1958) und den Maßnahmen der Sowjetunion zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit gegen die Gefahr der faschistischen Aggression 1934 - 36 gestellt werden muß.  
Dieses Programm dokumentiert in Fortsetzung dieses Kurses und der Beschlüsse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vom Januar 1965 die Kontinuität der Friedens- und Sicherheitspolitik der Warschauer Vertragsstaaten und den friedenserhaltenden Charakter des sozialistischen Verteidigungsbündnisses, während die NATO seit ihrem Bestehen keinerlei auch nur annähernd vergleichbare Initiative zur Festigung der europäischen Sicherheit ergriffen hat.
6. Die Souveränität und Sicherheit, die Unantastbarkeit der Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik wurden eindeutig bekräftigt, ihre Rolle als bedeutender Friedensfaktor in Europa besonders hervorgehoben, der Kampf der DDR gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus, ihre Abrüstungs- und Entspannungsvorschläge fanden die ausdrückliche Unterstützung aller Teilnehmerstaaten.

### Zur außenpolitischen Aufgabenstellung

Daraus ergibt sich, daß die Beschlüsse der Tagung von grundsätzlicher und umfassender Bedeutung für die außenpolitische Tätigkeit der Deutschen Demokratischen Republik sind. Die in ihnen enthaltenen Zielsetzungen, diplomatischen und propagandistischen Möglichkeiten, die wesentlichsten Argumente müssen in unserer Tätigkeit allseitig Eingang und Berücksichtigung finden und in allen politischen Abteilungen des Ministeriums entsprechend ihrer Aufgabenstellung durchdacht werden.

Es zeichnen sich folgende grundlegende Gesichtspunkte ab:

1. Die in Frage kommenden Länder- und Querschnittsabteilungen sollten Vorschläge diplomatischer und auslandsinformatischer Charakters erarbeiten, die geeignet sind, zur Durchsetzung der Beschlüsse der Tagung beizutragen und vor allem den Kampf gegen die Bonner Bestrebungen, Zugang zu Kernwaffen zu erlangen, gegen Revanchismus, die Ausschließlichkeitsannahme, zur Beseitigung der Hallstein-Doktrin und für die Verständigung mit der Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften in Westdeutschland neuen Auftrieb zu geben und neue Anknüpfungspunkte zu schaffen.
2. Unter diesen Gesichtspunkten muß in erster Linie eine noch engere Koordinierung der außenpolitischen Aktivitäten mit den Staaten des Warschauer Vertrages, insbesondere im Kampf um die europäische Sicherheit, angestrebt werden, wobei davon auszugehen ist, daß die Tagung und ihre Beschlüsse eine gute Grundlage für eine neue Phase engerer und systematischerer gegenseitiger Konsultation und Abstimmung bieten. Es ist anzustreben, diese Zielsetzung auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten zur weiteren Erhöhung ihrer Verteidigungsfähigkeit und die Frage der Vervollkommenung der Struktur und des Mechanismus der Organisation des Warschauer Vertrages anzustellen.
3. Nachdem bereits anlässlich der letzten Woche damit begonnen wurde, müssen die Beschlüsse und Argumente der Tagung noch stärker genutzt werden, um besonders in den kapitalistischen

Ländern Europas die Herausbildung einer Massenbewegung gegen die USA-Aggression in Vietnam und ihre Unterstützung durch Bonn, gegen die westdeutschen Kernwaffenbestrebungen, für den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu beschleunigen und die demokratische Opposition in den NATO-Ländern gegen die aggressiven Bestrebungen und die Auswirkungen der Achse Bonn - Washington weitere zu entwickeln. Gleichzeitig ist in diesen Ländern der Gedanke der gleichberechtigten Behandlung und Teilnahme der DDR bei der Schaffung einer europäischen Friedensordnung, mit Unterstützung der Staaten des Warschauer Vertrages, weiter zu popularisieren und durchzusetzen.

4. Bevorstehende außenpolitische Schritte, z. B. aus Anlaß der XXI. Tagung der UNO-Vollversammlung, sind in Übereinstimmung mit der Tagung durchzuführen.
5. Aus den Beschlüssen der Tagung ergibt sich die Aufgabe, die Bevölkerung der DDR noch gründlicher mit den Zusammenhängen zwischen der Gefährdung des Friedens durch die USA-Aggression in Süd-Ostasien und der Friedensbedrohung in Europa durch die Bonner Komplizenschaft mit dieser Aggression und die Pläne des verdeckten Krieges gegen die DDR vertraut zu machen und das Bewußtsein der Solidarität und Opferbereitschaft für die Unterstützung des vietnamesischen Volkes, die Wachsamkeit gegenüber imperialistischen Anschlägen noch stärker zu erziehen.  
Außerdem erscheint es notwendig, besonders angesichts der Hetze der chinesischen Spalter, nach innen und außen zu erläutern, daß der Kampf gegen die barbarische USA-Aggression die Methode internationaler Verhandlungen und bestimmter Vereinbarungen zur Entspannung und Festigung der friedlichen Koexistenz mit Vertretern auch der aggressiven imperialistischen Staaten nicht ausschließt und aufhebt.
6. Es zeigt sich die Notwendigkeit, die Politik der DDR zur Entlarvung der Ziele, der Grundlagen und der Gefährlichkeit der Achse Bonn - Washington, wobei das Kernwaffenkomplott im

Mittelpunkt stehen muß, nicht nur im kapitalistischen Ausland, sondern auch in einigen sozialistischen Bruderländern gründlicher und umfassender zu erläutern.

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, noch eingehender die Entwicklung der Widersprüche und der Krise im imperialistischen System und deren Auswirkungen für den Kampf um den Frieden zu verfolgen und zu untersuchen.

7. Die Beschlüsse der Tagung sind besonders anlandsinformativ zur Erläuterung der Zusammenhänge zwischen der Sicherung des Friedens in Europa und der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Entwicklung des Meinungsaustausches über die Grundfragen der Nation zu nutzen.

#### Zu einigen Schwerpunkten der Argumentation

Hier soll auf einige Schwerpunkte der Argumentation, die sich aus den Dokumenten der Tagung ergeben, eingegangen werden:

1. Der Hinweis auf den Ernst der internationalen Situation, der sich aus der erhöhten Kriegsgefahr in Ergebnis der neuen Phase der Ausweitung der USA-Aggression in Vietnam ergibt. In der Erklärung zu Vietnam wird klargestellt, daß die USA-Aggression zum Scheitern verurteilt ist und die Warschauer Vertragsstaaten einmütig ihre Bereitschaft bekunden, dem vietnamesischen Volk zunehmende Unterstützung zu gewähren. Hier ist die in der Deklaration mehrfach unterstrichene Feststellung anzuführen, daß die aggressive Revanchepolitik in Europa nicht zum Zuge kommen wird.
2. In den Dokumenten wird festgestellt, daß die aggressive Politik der USA unmittelbar die Friedens- und Sicherheitsinteressen der europäischen Völker bedroht und daß diese Bedrohung dadurch erhöht wird, daß die Bonner Regierung als einziger europäischer Staat moralisch, politisch und materiell die USA-Aggression unterstützt (s. Eröffnungsrede des Genossen Steph zur Ostseewoche). In der Eskalation der USA-Aggression sehen die Bonner Militaristen das Vorbild ihrer Strategie der schrittweisen Entfaltung des verdeckten Krieges in Europa (s. Rede des Genossen Ulbricht auf der Warnow-Ferft während der Ostseewoche 1965).

3. Die geschichtlichen Erfahrungen lehren, daß die Sicherung des Friedens in Europa rechtzeitige Maßnahmen der europäischen Völker und Staaten zur Abwehr jeglicher Aggression erfordert. Das Friedensprogramm der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ist konstruktiv und realistisch, weil es von den Bestrebungen der friedliebenden Kräfte (Beschlüsse der Genfer Tagung des Weltfriedensrates) und den in breiten Kreisen der europäischen Öffentlichkeit, auch in Regierungskreisen vieler kapitalistischer Länder Europas debattierten Problemen und Vorschlägen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit ausgeht. Es stellt eine annehmbare Grundlage für die Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz dar, die die Auffassungen von Staaten widerspiegelt, die über die Hälfte des Territoriums Europas und nahezu die Hälfte seiner Bevölkerung umfassen. Das Entgegenkommen der sozialistischen Staaten zeigt ihren Willen, die Spaltung Europas auf der Grundlage der Prinzipien der Achtung der Souveränität und Gleichberechtigung sowie der Nichteinmischung zu überwinden.
4. Die Bedeutung der Deklaration für die DDR besteht vor allem
- a) in der klaren Aussage, daß die seit 50 Jahren existente Frage der Sicherheit der europäischen Staaten die Frage der Eindämmung und Überwindung der Expansions- und Revanchepolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus ist; darin,
  - b) daß die noch ausstehende Lösung dieser Frage durch den Bruch der Vereinbarungen der Anti-Hitler-Koalition, die Restauration des westdeutschen Imperialismus und Militarismus im Rahmen der NATO, durch die Spaltung Europas heute, unter den Bedingungen des Bonner Strebens nach Kernwaffen und der Unterstützung der USA-Aggression in Vietnam, erneut und in höchstem Maße den Frieden in Europa gefährdet;
  - c) darin, daß deshalb der Kampf gegen die aggressiven Bestrebungen der Achse Bonn-Washington, die das Haupthindernis für Frieden und Sicherheit Europas bildet, die Hauptvoraussetzung für die Sicherung der nationalen und Sicherheitsinteressen aller europäischen Völker und Staaten ist.
  - d) Die erste und wichtigste Bedingung für Fortschritte auf dem Wege der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit ist und bleibt die in der Deklaration formulierte und an verschiedenen

Stellen begründete Notwendigkeit der Verhinderung des Zugangs zu Kernwaffen von Seiten der westdeutschen Revanchisten und Militaristen. Erst das ermöglicht die Verwirklichung einer echten Friedensordnung und fruchtbaren Zusammenarbeit in Europa.

- e) Als am weitesten nach Westen vorgeschobener Staat des Warschauer Vertrages sichern die Beschlüsse der Tagung der DDR die volle Übereinstimmung und gemeinsame Unterstützung der Teilnehmerstaaten in den wichtigsten Fragen, wie Verhinderung des westdeutschen Zugangs zu Kernwaffen, Schutz der Souveränität und Unantastbarkeit der Grenzen, Zurückweisung der Ausschließkeitsanmaßung zu. Die Deklaration bringt klar zum Ausdruck, daß eine europäische Friedensordnung ohne oder gar gegen die DDR nicht denkbar ist.
- f) Die Beschlüsse der Tagung erleichtern es uns, die Politik des gesamtdeutschen Meinungsaustausches in der gegenseitigen zweiten Phase des Dialogs mit den Mitgliedern und Freunden der SPD international zu erläutern und im nationalen Rahmen mit größerer Wirksamkeit durchzuführen, da die Feststellung<sup>en</sup> und Vorschläge in den Dokumenten die Richtigkeit unserer Zielsetzung unterstreichen, den Meinungsaustausch auf die Grundfragen der Sicherung des Friedens und der Gestaltung der Zukunft der Nation zu orientieren.